



Klaus Ronneberger

Die Kunst, sich an nichts zu gewöhnen

Prekäre Arbeit im flexiblen Kapitalismus

Als es im Frühjahr 2006 in Frankreich zu Streiks und Massendemonstrationen gegen die geplante Lockerung des Kündigungsschutzes kam, schien sich für kurze Zeit eine Parallele zum Mai 68 aufzudrängen. Doch im Gegensatz zur damaligen kulturrevolutionären Aufbruchsstimmung ging es nicht um die Schaffung einer neuen Gesellschaft, sondern um den Erhalt des bestehenden Sozialsystems mit seinen Garantien und Schutzmechanismen. Auch in Deutschland oder Österreich wird mit dem Erstarren des Neoliberalismus die jahrzehntelang praktizierte Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit zunehmend brüchig. Das Modell der Normallohnarbeit und die damit verbundenen Sicherungssysteme befinden sich in Auflösung. In der öffentlichen Wahrnehmung wird diese Entwicklung auch mit einem Machtverlust des Sozialstaates gleichgesetzt.

Die fragmentierte Arbeitsgesellschaft

Die Ausweitung der sozialen Sicherheitssysteme ließ im 20. Jahrhundert einen umfassenden Vorsorgestaat entstehen, der keine Gesellschaft von Gleichen, sondern eine "Gesellschaft von Ähnlichen" (R. Castel) hervorbrachte. Sie beruhte nach wie vor auf Klassenhierarchien, jedoch auf der Grundlage gemeinsamer Rechte und Ressourcen. Der intervenierende Sozialstaat stand also nicht für Verteilungsgerechtigkeit, sondern für soziale Schutzrechte. Mit der endgültigen Durchsetzung des Fordismus konnte das Normallohnarbeitsverhältnis so weit generalisiert werden, dass die Mehrheit der Arbeitenden am expandierenden Konsum und dem Ausbau öffentlicher Dienstleistungen partizipieren konnte. Aus der stigmatisierten proletarischen Existenz mit ihren elenden Lebensbedingungen wurde eine "respektable" gesellschaftliche Position. Die fortschreitende soziale Absicherung schloss schließlich auch solche Gruppen mit ein, die nicht in einem direkten Lohnarbeitsverhältnis standen. Der Sozialstaat wurde zum Wohlfahrtsstaat.

In den siebziger Jahren geriet das fordistische Wachstumsmodell in eine doppelte Krise. Einerseits kam die tayloristische Produktionsweise an die Grenzen ihrer Profitabilität, andererseits versagten die Instrumentarien des national-sozialen Wohlfahrtsstaates angesichts der wachsenden Internationalisierung der Ökonomie. Viele Regierungen in der westlichen Welt begannen sich neoliberalen Konzepten zuzuwenden und verfolgten einen neuen Kurs: Abbau staatlicher Interventionen und Subventionen zugunsten von Wettbewerb, Steuersenkungen und eine Reduzierung der Sozialausgaben.

Doch auch die veränderten Alltagspraktiken der Individuen trugen entscheidend dazu bei, das damalige Vergesellschaftungsmodell zu erschüttern. Die wachsende Konsumorientierung der Massen untergrub die

geforderte Arbeitsmoral und der sich ausbreitende Hedonismus der Jugendlichen lief der rigiden Disziplinierung zuwider, die damals in Schule, Fabrik und Familie vorherrschte. Es entstand eine Reihe von sozialen Bewegungen, die die autoritären und hierarchischen Strukturen attackierten und "Autonomie" und Selbstverwirklichung einforderten. Die Intensität der Kämpfe und die Freisetzung von "autonomer Subjektivität" führten jedoch nicht zur Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise, vielmehr gelang es dem Kapitalismus, sich zu regenerieren.

So hat das neoliberale Projekt die Kritik am autoritären Sozialstaat aufgegriffen und sie zugleich gegen die Subjekte gewendet. Die neuen Machttechnologien zielen darauf ab, soziale Risiken zu individualisieren und vormalige Schutzrechte abzubauen. Auf Autonomiebestrebungen und die Suche nach individuellen Gestaltungsräumen reagiert der Neoliberalismus mit der Aufforderung an die Individuen, sich zu "aktivieren". Nicht mehr der Staat, sondern die Bürger sollen sich eigenverantwortlich vor Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit schützen. Damit entsteht eine neue Herrschafts- und Produktionsweise, die — im Gegensatz zur fordistischen Regulierung des Sozialen — auf einer Institutionalisierung von Unsicherheit beruht. In ihrem Zentrum steht die Stärkung marktförmiger Steuerungsmechanismen sowohl in den öffentlichen Institutionen als auch in den Betrieben.

Auf der Ebene der Unternehmen werden die Produktionskonzepte und die Personalpolitik verstärkt an den kurzfristigen Renditeerwartungen der institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten ausgerichtet. Um den hohen Rentabilitätsvorgaben zu entsprechen, setzt das Management vor allem auf Flexibilität: extern durch die Auslagerung ganzer Betriebseinheiten ("Outsourcing", "Offshoring"), intern durch die Bildung so genannter Business Units (Führung über Gewinnmargen, interne Verrechnungspreise etc.). An die Stelle direkter Überwachung und personaler Herrschaft treten zunehmend Marktzwänge als Steuerungs- und Kontrollmechanismen. Auf diese Weise wird die vormals konzentrierte Macht der Arbeit im Unternehmen systematisch demontiert. Hatten die flexiblen Produktionskonzepte zunächst zu einer Aufspaltung zwischen "Kern" und "Rand", das heißt zwischen Stammbesetzungs- und einfachen ArbeiterInnen, geführt (Ausweitung der Leiharbeit, Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse), findet seit den neunziger Jahren eine "Verflüssigung" der vormaligen "Kerne" statt. Diese Rationalisierungsmaßnahmen laufen darauf hinaus, die Arbeitskraft vollständig den Marktrisiken auszusetzen. Tatsächlich breiten sich atypische und prekäre Tätigkeiten in allen Branchen und Berufsgruppen immer weiter aus. In Deutschland befinden sich zurzeit etwa 13 Millionen der abhängig Beschäftigten in ungesicherten Arbeitsverhältnissen (Roth 2005).

Nach dem französischen Soziologen Robert Castel (2000) ist die postfordistische Arbeitsgesellschaft in mehrere Segmente aufgespalten. Neben der "Zone der Integration" mit geschützten Normalarbeitsverhältnissen existiert eine "Zone der Entkoppelung", die all jene Menschen umfasse, die von regulärer Erwerbsarbeit weitgehend ausgeschlossen sind. Zwischen beiden breitet sich eine "Zone der Unsicherheit" aus, in der ewige PraktikantInnen, Werkvertragsgehilfen, Zeitarbeitskräfte, Ein- oder Zwei-Euro-Jobber und Scheinselbständige die riesige Reservearmee der Prekären bilden.

Der Arbeitssoziologe Klaus Dörre hat das Phänomen der Prekarität eingehend untersucht (Dörre 2005). Für ihn befinden sich die Prekären in einer merkwürdigen "Schwebelage": Einerseits sollen sie nach dem neoliberalen

Leitbild der "Eigenverantwortlichkeit" jede schlecht bezahlte Arbeit annehmen, andererseits wird ihnen nahe gelegt, möglichst viel Energie und Zeit in ihre Weiterbildung zu investieren, um einer drohenden Armut zu entgehen. Doch flexible Gelegenheitsorientierung und planvolle Investition schließen sich gegenseitig aus. Wie sollen die Betroffenen langfristige Ziele verfolgen können, wenn sie ihr Leben immer wieder neu organisieren und sich neu orientieren müssen?

Die Existenz der Prekären schafft nach Dörre auch eine "Zone der Verwundbarkeit". Im Gegensatz zu den Langzeitarbeitslosen agieren viele Prekäre im unmittelbaren Umfeld der Stammbeschäftigten. Die "Integrierten" haben die Arbeitsrealität der LeiharbeiterInnen oder Selbständigen beständig vor Augen und damit auch ihre eigene potenzielle Ersetzbarkeit. Der gesicherte Vollzeit Arbeitsplatz wird so zum bedrohten Privileg.

Bedeutet die Ausweitung der "prekären Zone" auch eine Deklassierung der Mittelschichten? Bisher sind von den flexiblen Produktionskonzepten und der damit einhergehenden Deindustrialisierung vor allem die Arbeitermilieus betroffen. Hatte der Fordismus zu einer "Entproletarisierung" der un- und angelernten ArbeiterInnen geführt, werden diese nun sozial degradiert. Sowohl die noch verbliebenen Stellen in der Industrie wie auch die neuen Jobs im Dienstleistungsbereich sind durch eine hohe Prekarität gekennzeichnet ("working poor"); entsprechend kommen etwa drei Viertel der Armen in Deutschland aus diesen sozialen Gruppen. Die Rede von der Entgrenzung der Armut ist daher irreführend. Die "Zone der Unsicherheit" breitet sich zwar auch in den Mittelklassen aus, aber noch immer sind MigrantInnen- und ArbeiterInnenhaushalte am stärksten von Prekarität betroffen (Groh-Samberg 2005).

Freelancer

Die Deregulierung der Arbeit hat auch einen neuen Typus von "autonomen Beschäftigten" hervorgebracht. Es handelt sich um eine heterogene Gruppe, die vom formell selbständigen Lkw-Fahrer einer Speditionsfirma über den Franchise-Unternehmer in der Schnellgastronomie bis hin zum Informatiker reicht, der auf Werkvertragsbasis arbeitet. In all diesen Arbeitsverhältnissen kommt die Tendenz zum Ausdruck, den Lohncharakter der Arbeit aufzuheben und die sozialen Risiken auf die "neuen Selbständigen" abzuwälzen.

Man kann die "Freelancer" grundsätzlich in zwei Gruppen unterteilen. Zum einen gibt es die Selbständigen im IT- oder Kommunikationsbereich, die über hohe Einkünfte und viele Gratifikationen verfügen. Sie sind der Sorge um eine dauerhafte Absicherung ihrer Reproduktion weitgehend enthoben. Zum anderen gibt es die geringfügig verdienenden Selbständigen und Freiberufler, die wegen ihres niedrigen Einkommens und ihrer diskontinuierlichen Beschäftigungsverhältnisse kaum über Rücklagen verfügen. In Deutschland umfasst diese Gruppe, zu der auch die "Ich-AGs" zählen, heute mehr als 4,5 Millionen Personen.

Der Soziologe Sergio Bologna hat auf der Grundlage langjähriger Studien ein differenziertes Bild des "autonomen Beschäftigten" entworfen: Freelancer sind für die Organisation ihres Arbeitsablaufs selbst verantwortlich; daher ist ihre Tätigkeit vielfältiger, sie umfasst Facharbeit und Rechnungswesen ebenso wie Kommunikation. Das Selbstmanagement bringt eine Reihe von Konsequenzen mit sich: erstens verstärkte Selbst-Kontrolle der Arbeit, das heißt zunehmende Eigenverantwortung auch bei formal fremdbestimmten Strukturen; zweitens

erweiterte Selbst-Ökonomisierung, das heißt strategische Vermarktung des eigenen Humanvermögens; drittens Selbst-Rationalisierung, das bedeutet eine Verbetrieblichung der Lebensführung, die Arbeit und Freizeit kaum noch unterscheidbar macht.

Die Selbständigen müssen ihre Beziehungen zur Außenwelt eigenständig organisieren und pflegen. Obwohl diese "relationale Arbeit" (S. Bologna) ein zentraler Bestandteil ihrer Tätigkeit ist, bleibt sie nicht nur für die Auftraggeber unsichtbar, sondern auch unbezahlt. Um die eigene Reproduktion zu sichern, kommt es darauf an, im Gespräch zu bleiben, von Aufträgen und Jobs zu erfahren und weiterempfohlen zu werden. Deshalb betrachten die Freelancer Bekanntschaften und Freundschaften stets auch unter dem Gesichtspunkt des Networking, freundschaftliche Beziehungen und instrumentelle Interessen gehen fließend ineinander über. Die Unkalkulierbarkeit zukünftiger Aufträge zwingt die Selbständigen dazu, sich verschiedene Optionen offen zu halten. Dafür müssen Kompetenzen, Kontakte und Energien mobilisiert werden, ohne sicher sein zu können, dass diese "Investitionen" sich tatsächlich jemals auszahlen. Die Arbeitszeit der Freelancer ist unreguliert, da ihre Entlohnung nicht nach einer elementaren Zeiteinheit, sondern letztlich nach dem Ergebnis bemessen wird. Der Effekt ist eine Intensivierung des Arbeitstages.

Die permanente Unsicherheit verlangt von den Betroffenen eine habituelle Mobilität, ein breitwilliges Sich-Anpassen an neue Vorgaben und Regeln. Diese Kunst des Durchlavierens hat der postoperaistische Theoretiker Paolo Virno als "Opportunismus" bezeichnet, ohne dies mit einer moralischen Wertung gleichzusetzen. Opportunistisch sei jemand, der sich einer Vielzahl von ständig sich verändernden Möglichkeiten gegenübersehe und auf den größten Teil dieser Möglichkeiten vorbereitet sei, sodass er die nächste sich bietende Gelegenheit rasch ergreifen könne. Gleichzeitig vollzieht sich die Tätigkeit des Selbständigen in einem dichten Netz von hierarchischen Beziehungen, besteht ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit zu den Auftraggebern oder Kunden. Insofern nimmt die "autonome Arbeit" auch "Züge der Servilität" (P. Virno) an.

Prekäre Kreative

Die ehemalige Berliner Kultursenatorin Adrienne Goehler konstatiert in ihrem Buch "Verflüssigungen" (2006), dass die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht auf das Verschwinden der herkömmlichen Normallohnarbeit vorbereitet sei. Im Gegensatz dazu hätten sich die meisten Künstler und Künstlerinnen bereits an prekäre Arbeitsverhältnisse gewöhnt, ja sie bildeten die "Avantgarde" einer Entwicklung, an die sich die Lebens- und Arbeitsweise der ganzen Gesellschaft bald angleichen würde. Tatsächlich sind das Freelancertum und andere Formen flexibler und prekärer Beschäftigung (etwa Praktika) im Kulturbereich zur Regel geworden, nicht zuletzt wegen der restriktiven Sparpolitik der öffentlichen Hand. Einige auf Deutschland bezogene Zahlen mögen dies veranschaulichen: In den achtziger Jahren waren noch mehr als achtzig Prozent der Musikerinnen und Musiker fest angestellt, innerhalb von zwanzig Jahren sank dieser Anteil auf 54 Prozent. Im Schauspielbereich ging im gleichen Zeitraum die Zahl der Festangestellten von 76 Prozent auf 58 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg in den letzten zehn Jahren die Zahl der Kulturarbeiter und -arbeiterinnen insgesamt um mehr als dreißig Prozent. Die wichtigste Triebfeder für diese Dynamik bildeten die Selbständigen im Kulturbereich. Ihre Zahl wuchs viermal schneller als die Gesamtgruppe aller Selbständigen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung (Mirschel 2005).

Nach Angaben der Künstlersozialkasse betrug 2003 das durchschnittliche Jahreseinkommen der männlichen Versicherten 12.489 Euro, das der weiblichen sogar nur 9.359 Euro. Für die meisten Armutsforscher betritt man bei sechzig Prozent des Durchschnittseinkommens die Zone der Prekarität. Im Jahr 2003 lag diese Grenze in der Bundesrepublik bei monatlich 983 Euro. Auch eine aktuelle Studie des Deutschen Kulturrats weist darauf hin, dass fast zwei Drittel der 318.000 selbständig Beschäftigten, also cirka fünfzig Prozent der Erwerbstätigen im Kulturbetrieb, einen jährlichen Umsatz von unter 17.000 Euro erzielen. Um als Künstler überleben zu können, sind viele Kreative zur Ausübung eines Jobs gezwungen, der in keinerlei Bezug zu ihrer Profession steht.

In gewisser Weise ist der Kulturbetrieb zu einem Versuchslabor für die "Auspowerung" der Ware Arbeitskraft geworden. Für die Mehrheit der Kulturarbeiter und -arbeiterinnen sind Normen wie Produktivität oder Flexibilität — die sie häufig selbst als kapitalistische Disziplinierung verdammten — zur zweiten Natur geworden. Insofern stellen sie wirklich die Avantgarde für den Postfordismus dar, für den sie immer wieder neue Schneisen der Selbstaussbeutung schlagen. Die einstmals gegen die kapitalistische Verdinglichung mobilisierten Werte von Autonomie und Selbstverwirklichung, auch Gefühle, Erfahrungen, Kreativität, sind zu einem wichtigen Rohstoff ökonomischer Verwertungsprozesse geworden. Doch während heute in der Managementliteratur Nonkonformismus als Schlüssel zum beruflichen Erfolg propagiert wird — quasi als Glamour-Modell für den Gehorsam gegenüber den Imperativen der Flexibilisierung —, fragt sich die Berliner Band Britta angesichts ihrer prekärer werdenden Lebensverhältnisse: "Ist das noch Boheme oder schon Unterschicht?"

Nach der Lohnarbeit

In den letzten Jahrzehnten sind die industriegesellschaftlichen Ressourcen einer kollektiven Solidarität, die aus der gemeinsamen Erfahrung der Arbeit unter entfremdeten Bedingungen entstanden war, pulverisiert worden. Trotzdem erliegen viele KritikerInnen des neoliberalen Projekts der Versuchung, sich angesichts des gegenwärtigen Flexibilisierungs- und Deregulierungsdrucks ins "goldene Zeitalter" des Fordismus zurückzusehen. Doch dafür gibt es keine sozialen und ökonomischen Grundlagen mehr. Dies bedeutet natürlich nicht, den Kampf um soziale Standards aufzugeben und die Trümmer des Wohlfahrtsstaates von den Neoliberalen entsorgen zu lassen. Aber der vereinheitlichenden Verunsicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen steht eine Vielzahl von sozialen Spaltungen und Hierarchien gegenüber. Zwischen einem prekären Kulturarbeiter mit deutschem Pass und einer illegalisierten Migrantin liegen Welten. Zudem haben die neuen Arbeitsformen eine derartige Veränderung des Alltags mit sich gebracht, dass vor allem Freelancer ihre Forderungen nach einem besseren Leben nicht mehr mit den Instrumenten des herkömmlichen Arbeitskampfes durchsetzen können. Wie soll man Menschen organisieren, deren Arbeitsleben in privaten Wohnräumen stattfindet? Wie einen Streik organisieren — gegen wen? Die Frage nach einem kollektiven Handeln gegen die Zumutungen des flexiblen Kapitalismus stellt sich heute in völlig neuer Weise.

Literatur

- Sergio Bologna, *Die Zerstörung der Mittelschichten*, Graz/Wien 2006.
- Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.
- Klaus Dörre, "Entsicherte Arbeitsgesellschaft. Politik der Entprekariisierung". In: *Widerspruch* 49/2005, S. 5–18.
- François Ewald, *Der Vorsorgestaat*, Frankfurt am Main 1993.
- Adrienne Goehler, *Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft*, Frankfurt/New York 2006.
- Olaf Groh–Samberg, "Die Aktualität der sozialen Frage". In: *WSI–Mitteilungen* 11/2005.
- Veronika Mirschel, "In der Sahelzone der Einkommen. Zur sozialen Lage von KünstlerInnen und freien Medienschaffenden". In: *Forum Wissenschaft* 3/2005; S. 23–26.
- Karl Heinz Roth, *Der Zustand der Welt*, Hamburg 2005.
- Paolo Virno, *Grammatik der Multitude. Mit einem Anhang: Die Engel und der General Intellect*, Wien 2005.
- Paolo Virno, *Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen*, Berlin 2005.

Published 2006–10–04
Original in German
Contribution by Springerin
First published in *Springerin* 3/2006
© Klaus Ronneberger/Springerin
© Eurozine